

## Forderungen des vzbv und der Verbraucherzentralen zur Integrationspolitik

Anhang zur Pressemitteilung vom 31.10.2007:

„Verbraucherbildung gehört ins Zentrum der Integrationspolitik  
vzbv-Tagung zu Migranten und Konsum: „Gut informiert, gut integriert“  
könnte Erfolgsformel werden“

### Gut informiert, gut integriert – Integration durch Verbraucherbildung

Der vzbv und seine Mitgliedsorganisationen kündigten an, die interkulturelle Öffnung der Verbraucherorganisationen in ihren Reihen und im öffentlichen Dialog weiter voranzutreiben. Für 2008 ist ein Workshop mit Verbrauchervertretern und Vertretern von Migrantenorganisationen mit dem Ziel der Definition gemeinsamer Ziele und Strategien geplant. Zur Etablierung der Verbraucherberatung und Verbraucherbildung als Integrationsfaktor fordern der vzbv und die Verbraucherzentralen:

1. die **Bundesregierung** und die **Regierungen der Länder** auf, den Katalog der im Nationalen Integrationsplan niedergelegten Maßnahmen um das Handlungsfeld Verbraucherschutz zu erweitern.
2. die **Landesregierungen** auf, nicht nur die interkulturelle Öffnung von Institutionen zu fordern, sondern diese auch gezielt finanziell zu fördern. Wie das Beispiel der Verbraucherzentralen zeigt, sind notwendige Anpassungen an die Zielgruppe der Migranten (Abbau von Schwellenangst und Sprachbarrieren, Ansprache vor Ort, Vernetzung mit den Communities etc.) nicht ohne zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen zu realisieren.
3. die **Bundesregierung** auf, durch Forschungsvorhaben oder bundesweite Pilotprojekte sicherzustellen, dass Verbraucherberatung und Verbraucherbildung zielgruppengerecht an Migranten adressiert werden können.
4. die **kommunalen Spitzenverbände** auf, Pilotprojekte zu initiieren, die Verbraucherberatung für Migranten dort anbieten, wo sich das soziale und kulturelle Leben der Menschen abspielt, von der Moschee bis zu Kindertagesstätte.
5. die **Migrantenorganisationen** auf, ihrerseits Verbraucherkompetenz als wichtige Komponente gelungener Integration zu verstehen und durch Kooperationen bei Information und Bildung zu unterstützen.

6. die **Bildungsträger** und **Kultusminister der Länder** auf, Verbraucherthemen in die entsprechenden Trägerfächer stärker und vor allem verbindlich zu integrieren. Verbraucherthemen müssen in den Curricula aller Schulformen und -stufen integriert werden. Dies gilt insbesondere auch in der beruflichen Bildung und in Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche und Erwachsene.
7. **Sprachschulen** und **Schulbuchverlage** auf, Verbraucherthemen in den Sprachunterricht einfließen zu lassen. Dies hat einen doppelten Nutzen: Einerseits werden Sprachbarrieren ab-, andererseits Konsumkompetenz aufgebaut.
8. das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (BAMF) auf, die geplante Aufstockung der Integrationskurse von 600 auf 900 Stunden gezielt durch Themen der Verbraucherbildung zu ergänzen.
9. die nationalen **Medien**, insbesondere aber auch fremdsprachige Programme und Publikationen auf, dem Thema Verbraucherschutz bei Migranten einen prominenteren Platz einzuräumen.

**Anlagen:**

- Studie "Verbraucherschutz in der Einwanderungsgesellschaft"
- Faltblatt "Telefon- und Handyrechnung" in deutsch-türkischer und deutsch-russischer Sprache.

**Link:**

- [www.verbraucherbildung.de](http://www.verbraucherbildung.de)

**Für weitere Informationen:**

- Hildegard Mackert, Referentin Fortbildung und Wissensmanagement, Tel. (030) 25800-104, [Mackert@vzbv.de](mailto:Mackert@vzbv.de)
- Christian Fronczak, Pressesprecher, Tel. (030) 25800-258, [presse@vzbv.de](mailto:presse@vzbv.de)